V-91 Grüne als Anwalt für eine starke deutsche Entwicklungszusammenarbeit und Humanitäre Hilfe

Antragsteller*in: Thilo Hoppe (KV Aurich-Norden)
Tagesordnungspunkt: V Verschiedenes

Antragstext

Die Ärmsten der Armen nicht im Stich lassen!

Die Hungerzahlen sind in den letzten Jahren wieder gestiegen. Jeder zehnte Mensch auf dieser Welt hungert bzw. hat mit schwerer Ernährungsunsicherheit zu kämpfen. Rechnet man diejenigen dazu, die armutsbedingt mangelernährt sind, dann hat ein Viertel der Menschheit nicht ausreichend zu essen, um gesund leben zu können.

Ein Skandal, wenn man bedenkt, dass genügend Lebensmittel produziert werden, um alle ausreichend mit gesundem Essen zu versorgen.

Vor diesem Hintergrund befremdet und besorgt es uns, dass in den letzten drei Jahren die Mittel für Entwicklungszusammenarbeit (bzw. Internationale Zusammenarbeit) und Humanitäre Hilfe stark gekürzt worden sind. Und weitere drastische Einschnitten stehen bevor: Werden die Pläne der Bundesregierung für den Bundeshaushalt 2025 nicht noch in „letzter Minute“ korrigiert, dann hätte die Bundesregierung in dieser Legislaturperiode den Haushalt des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung um fast ein Viertel und die Mittel für die vom Auswärtigen Amt verantwortete Humanitäre Hilfe gar um rund 60 Prozent gekürzt.

Das würde vor allem die Ärmsten der Armen hart treffen, Menschen, die in existenzielle Not geraten sind.

Die Kürzung der Mittel für den Kampf gegen extreme Armut und Hunger ist leider zu einem globalen Trend geworden. Viele Industrienationen denken in Zeiten multipler Krisen vermehrt an sich selbst und vernachlässigen neben der Nothilfe auch präventive Maßnahmen, die den Klimawandel eindämmen und Konflikte und Katastrophen bereits im Vorfeld entschärfen.

Den Rotstift überproportional bei den Ärmsten der Armen anzusetzen, ist nicht nur moralisch verwerflich, sondern auch politisch unklug. Die 17 Ziele für eine globale nachhaltige Entwicklung zu erreichen, also die Agenda 2030 der Vereinten Nationen umzusetzen, müsste im Interesse aller Länder liegen - auch im Sinne eines breiten Sicherheitsverständnisses, zu dem sich die Bundesregierung in ihrer Neuen Deutschen Sicherheitsstrategie ausdrücklich bekannt hat. Sie hat darin versprochen, auch ihre entwicklungspolitischen Anstrengungen, ihren Einsatz in der Humanitären Hilfe und für zivile Krisenprävention deutlich zu steigern.

Das Gegenteil ist geschehen.

Wir erkennen ausdrücklich an, dass sich unsere Bundestagsfraktion gegen die Kürzungen der Mittel für Internationale Zusammenarbeit und Humanitäre Hilfe

eingesetzt hat und auch im zurzeit laufenden Haushaltsverfahren entsprechend agiert.

Wir stärken unserer Bundestagsfraktion den Rücken und fordern sie auf, in ihren Bemühungen nicht nachzulassen. Unser Appell richtet sich auch ausdrücklich an die Grünen Mitglieder der Bundesregierung.

Uns ist bewusst, dass aufgrund der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und der notwendigen Kompromissfindung in einer Koalitionsregierung die finanziellen Spielräume begrenzt sind. Auf vielen Politikbereichen liegt Spardruck und es hagelt Proteste dagegen. Regierung und Parlament müssen die Prioritäten richtig setzen. Dabei muss aber unbedingt beachtet werden, welche Folgen geplante Sparmaßnahmen hätten und welche langfristigen Schäden sie anrichten würden. Solch drastische Einschnitte wie sie jetzt bei der .Entwicklungszusammenarbeit und besonders heftig bei der Humanitären Hilfe geplant sind, würden - und das sagen wir ohne zu übertreiben - Menschenleben kosten.

Bereits jetzt hat die Bundesregierung das Ziel verfehlt, wie im Koalitionsvertrag versprochen, mindestens 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens für Entwicklungszusammenarbeit und Humanitäre Hilfe zur Verfügung zu stellen. Werden die geplanten weiteren drastischen Kürzungen für den Bundeshaushalt 2025 umgesetzt, rutsch Deutschland noch weiter unter diese Zielmarke.

Einhergehend mit den Kürzungen geraten Entwicklungszusammenarbeit und Humanitäre Hilfe unter Rechtfertigungsdruck und werden zunehmend diffamiert. Populistische Narrative, die von der AfD ausgingen, wurden leider auch von einzelnen Politikern der CDU/CSU und der FDP übernommen.

Wir fordern die grüne Bundestagsfraktion auf,

- diesen Verunglimpfungen der Entwicklungszusammenarbeit und Humanitären Hilfe entgegenzutreten,
- alles zu tun, um die weiteren geplanten Kürzungen der Mittel für Entwicklungszusammenarbeit und Humanitären Hilfe zu verhindern oder zumindest noch deutlich abzumildern
- und den Plänen der FDP, das Ministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung abzuschaffen, klar zu widersprechen.

weitere Antragsteller*innen

Ute Ute Koczy (KV Lemgo); Uwe Kekeritz (KV Neustadt/Aisch-Bad Windsheim); Peter Meiwald (KV Ammerland); Carlos Echegoyen (KV Bonn); Ralf Henze (KV Odenwald-Kraichgau); Laura Lotte Häußler (KV Braunschweig); Maximilian Linder (KV Bonn); Gregor Kaiser (KV Olpe); Michael Krempin (KV Wetterau); Dora Pfeifer-Suger (KV Breisgau-Hochschwarzwald); David Baltzer (KV Berlin-Kreisfrei); Sabine Hebbelmann (KV Odenwald-Kraichgau); Philipp Schmagold (KV Plön); Georg Fischer (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); Kathrin Weber (KV Bielefeld); Elke Roskosch-Buntemeyer (KV Oldenburg-Stadt); Andrea Schulte-Krauss (KV Starnberg); Andreas Kleist (KV Coburg-Land); Thomas Mohr (KV München); sowie 91 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.